

10409/2023

STELLUNGNAHME

Stellungnahme zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Energiekrise- und Corona-Pandemie- Hilfensgesetz der Fraktion der CDU (Drucksache 7/7533)

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen haben eine zielgenaue finanzielle Unterstützung für Unternehmen bei den vergangenen energiepolitischen Verwerfungen unter restriktiven Ausgabenrichtlinien für richtig erachtet.

Durch schnelles politisches Handeln konnten Härten abgemildert werden, wenngleich sich die Verfahren zur Beantragung und Auszahlung von Hilfgeldern mitunter als wenig praxisnah erwiesen haben. Angesichts großer Herausforderungen, die durch die Dekarbonisierung für den Staat, die Unternehmen und Bürger entstehen, muss es aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER oberstes Gebot sein, dass der Energiewandel mit marktwirtschaftlichen Elementen erreicht wird. Das bedeutet, das Angebot auf dem Energiemarkt muss schnellstmöglich ausgeweitet werden. Neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien müssen Thüringen und Deutschland sich mittelfristig wieder für die Energiegewinnung durch Atomkraft einsetzen. Die Ausweitung klimaneutraler Energie ist angesichts der zunehmenden Nachfrage nach Strom ein wirksames Mittel, um Preissteigerungen für Unternehmen zu vermeiden. Eine konditionierte Bereitstellung von Hilfsmitteln für Branchen und Prozesse, bei denen Umrüstungen technisch nicht bzw. noch nicht möglich sind, steht diesem Weg nicht entgegen.

Falsch wäre es hingegen, den energiepolitischen Alleingang Deutschlands zu akzeptieren und mit einem dauerhaften und undifferenzierten Förderansatz auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen zu korrigieren. Unternehmen in Deutschland und Thüringen leiden unter den weltweit höchsten Energiepreisen, deren Ursprung z.B. durch das EEG im Kern politisch sind.

Weder ein politischer Eingriff in die Preisbildung noch ein mit Steuermitteln oder Verschuldung finanziertes umfassendes staatliches Kompensationsregime werden diesen Standortnachteil im Kern beseitigen. Würde mit dem vorliegenden Antrag ein solches Ansinnen verfolgt, stünde es im Widerspruch zum eigentlichen Sinn des Hilfsfonds. Die vorgeschlagene Ausweitung der Anspruchsgrundlagen ist deshalb kritisch zu sehen, insbesondere sind die Umschreibungen von zukünftig Antragberechtigten, deren „Funktionsfähigkeit“ oder „wirtschaftliche Existenz“ bedroht ist (§2 Abs. 2 Nr. 2,3 und 5), nicht genau abgrenzbar und lassen einen weiten Spielraum der Auslegung zu.

Im Hinblick auf die beschriebenen energiepolitischen Nachteile muss die thüringische Landespolitik den Fokus stärker auf die umgehende Verbesserung wichtiger übriger Standortbedingungen für die Wirtschaft legen. Dies sind u.a. der Bürokratieabbau inklusive der dringend benötigten Verwaltungsdigitalisierung in vielen Bereichen, der Infrastrukturausbau und die Attraktivität Thüringens für Arbeits- und Fachkräfte.

STELLUNGNAHME

**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen standen zur damaligen Zeit der vorgesehenen Nutzung eines Corona-Pandemie-Hilfefonds und einer partiellen Umwidmung zur akuten Abfederung von energiepolitischen Verwerfungen offen gegenüber. Das Land Thüringen sollte diese Mittel wie beschrieben fokussieren und praxisnah zur Verfügung stellen und ebenso prüfen, ob nicht genutzte Mittel zurückzuführen bzw. aufzulösen sind.

Kontakt

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Thüringen

Landesvorsitzende

Bauer Bauunternehmen GmbH

In der Aue 2

99189 Walschleben